

Schuldebatte bald konkret

80 Multiplikatoren diskutieren über regionale Entwicklung – Eltern frustriert

Wegen neuer Gemeinschaftsschulen gehen in vielen Kommunen die Wogen hoch. Mit einer Diskussionsrunde reagierten die Schulbehörden jetzt auf die Forderung nach abgestimmter Schulentwicklungsplanung.

ARND WOLETZ

Kreis Göppingen. Die Schullandschaft ist seit Jahren im Umbruch. Werkrealschulen stehen vor der Auflösung. Immer mehr Gemeinschaftsschulen entstehen. In vielen Kommunen im Kreis Göppingen hat das heftige Konflikte ausgelöst. Bürgerinitiativen haben sich gegründet – wie in Ebersbach. Kommunen haben sich mit dem Regierungspräsidium angelegt – wie in Eislingen. An anderen Orten treten Lokalpolitiker und Schulleiter eher auf die Bremse – wie in Göppingen oder Rechberghausen. Einig sind sich Städte und Gemeinden aber weitgehend in ihrer Forderung nach einer abgestimmten Planung von übergeordneten Behörden.

„Wie kann regionale Schulentwicklung konkret aussehen?“ Gestern diskutierten in Göppingen 80 Bürgermeister, Schulleiter, Vertreter von Eltern, Lehrern und der Wirtschaft über diese Frage. Sie waren auf Einladung des Regierungspräsidiums in das Berufliche Schulzentrum an der Öde gekommen. Damit spielt der Kreis Göppingen den Vorreiter: Denn diese Veranstaltungen sollen bis Mitte Mai in allen Landkreisen des Regierungsbezirks über die Bühne gehen, bevor im Sommer das Gesetz beschlossen wird.

Ziel sei es, alle Akteure auf den gleichen Wissensstand zu bringen und miteinander zu vernetzen, betonte Regierungspräsident Johannes Schmalzl vor der Veranstaltung in einer Pressekonferenz. Die Forderung nach mehr konkreter Unterstützung oder gar Vorgaben durch das Regierungspräsidium (RP) wies Schmalzl aber zurück. Die Kommunen stünden bei ihrer Schulentwicklung selber in der Verantwortung. Das RP könne nur die Rahmenbedingungen setzen. Er forderte von den Städten und Gemeinden ein, auch über die Grenzen hinaus zu denken und mit den Nachbarn zu kooperieren. Den oft gehörten Vorwurf, erst seien Fakten geschaffen worden, bevor in die Schulentwicklungsplanung eingestiegen werde, wollte Regierungspräsident Schmalzl nicht gelten lassen. Das RP als Verwaltungseinheit könne lediglich die Vorgaben der Politik umsetzen. Die Fakten seien nicht von der Hand zu weisen, so Schmalzl:



Wer weiß, wie die richtige Schullandschaft aussieht? Politiker, Eltern und Behörden diskutieren – und sind sich in einem Punkt doch schon einig: Eigentlich sollten immer die Kinder im Vordergrund stehen.

Foto: contrastwerkstatt, Fotolia

Die Schülerzahlen gehen insgesamt zurück, die neuen Gemeinschaftsschulen haben Zulauf, selbst die Realschulen haben inzwischen leichte Rückgänge zu verzeichnen.

Im Übrigen gibt es auch Erfolgsmeldungen. Im Voralbgebiet, in Donzdorf oder im Oberen Filstal funktioniere die Schulentwicklung gut. Hans-Jörg Polzer erklärte, das Schulamt stehe im Kreis Göppingen in sehr intensivem Austausch mit den Kommunen und Schulen. Das bestätigte die Vertreterin des Landesschulbeirats. Und wie Polzer betonte Landrat Edgar Wolff, das Filstal habe demnächst ein fast flächendeckendes Netz an Gemeinschaftsschulen aufzuweisen – außer in den Großen Kreisstädten.

Schulamtsleiter Polzer machte bei der Pressekonferenz noch einmal deutlich, dass er für die schwindsüchtigen Werkrealschulen keine Zukunft mehr sieht: Die 16 Werkrealschulen, die derzeit noch im Landkreis existieren, werden ver-

schwinden, so Polzer. Reiner Ruf, Sprecher der Bürgermeisterversammlung im Kreis, erinnerte daran, dass die Kommunen seit langem gefordert hätten, „dass man aus Interims-lösungen herauskommt“. Bei keinem anderen Thema kochen die Emotionen so hoch wie bei der Zukunft der Schulen, so Ruf. Er

wünschte sich durchaus mehr Verantwortung der Kommunen.

Einen Einstieg brachte die Runde auch bei bisher wenig diskutierten Themen wie Schülerbeförderung oder der Frage, wie Gymnasien und gewerbliche Schulen eingebunden werden könnten.

Kommentar Seite 13

Und das sagen die Elternvertreter:

Elternbeiräte Elternvertreter forderten vor allem mehr Transparenz ein. Stefanie Hansert-Schupp, Vorsitzende des Gesamtelternbeirats Göppingen, sagte bei der abschließenden Podiumsdiskussion, Informationen müssten elterngerecht aufbereitet werden, um die zum Teil äußerst emotional geführten Debatten um die Zukunft der Schulen in den

Kommunen sachlicher zu gestalten. Bettina Maschke, Elternbeiratsvorsitzende aus Geislingen, wünschte sich für die Zukunft eine große Vielfalt der Schulen im Landkreis, aber auch, dass auf manchen Türen noch Realschule steht.

Schulbeirat Auch Cornelia Batt-Behrendt vom Landesschulbeirat sagte: „Die

Verwirrung ist groß. Bei den Gemeinschaftsschulen sei die Politik sehr ungenau vorgegangen. Gemeinschaftsschulen seien bisher „nach dem Hase-und-Igel-Prinzip vergeben worden“. Der Landesschulbeirat hätte sich den Gesetzentwurf zur regionalen Schulentwicklung zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt gewünscht.